



Medien-Information

7. November 2013

Länder-Verkehrsminister wollen bessere Finanzausstattung für ÖPNV-Verkehr Vorsitzender Meyer: „Keine Qualitätseinbußen bei Bahn und Bus riskieren“

SUHL. Angesichts wachsender Nutzerzahlen bei Bahn und Bus sowie steigender Trassen- und Energiepreise hat die Verkehrsministerkonferenz (VMK) den Bund aufgefordert, die Finanzausstattung der Länder für die Bereitstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu verbessern. „Wir haben uns einstimmig dafür ausgesprochen, dass die so genannten Regionalisierungsmittel erhöht und künftig stärker an die Entwicklung von Personalkosten, Energie- und Trassenpreisen angepasst werden müssen“, sagte VMK-Vorsitzender Reinhard Meyer aus Schleswig-Holstein heute (7. November) zum Abschluss der zweitägigen Herbstkonferenz der Verkehrsminister im thüringischen Suhl. An der Konferenz nahm neben Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer als Gast auch Bahnchef Dr. Rüdiger Grube teil.

Derzeit stattet der Bund die Länder mit so genannten Regionalisierungsmitteln in Höhe von jährlich rund sieben Milliarden Euro aus. Pro Jahr werden diese Mittel um 1,5 Prozent dynamisiert. „Die Kosten für Bus- und Bahnunternehmen in Deutschland steigen aber um fast drei Prozent pro Jahr. Deshalb müssen wir hier gegensteuern, damit sich die Qualität des ÖPNV-Angebots nicht flächendeckend verschlechtert“, sagte Meyer. Mit Sorge sehe die Ministerkonferenz in diesem Zusammenhang auch, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Infrastruktur-Förderung (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und Entflechtungsgesetz) im Jahr 2019 auslaufen. „Wir planen aber bereits heute Infrastrukturmaßnahmen, die erst 2020 gebaut werden. Deshalb appellieren wir an die künftige Bundesregierung, bis zur Mitte dieser Legislaturperiode dringend Nachfolge Regelungen zu erlassen“, so Meyer.

Die Diskussion um die mögliche Einführung einer Pkw-Maut beschäftigte die Ministerkonferenz nur am Rande. Meyer erinnerte in dem Zusammenhang an die Sonderverskehrsministerkonferenz am 2. Oktober in Berlin, bei der eine Experten-Kommission um den früheren Bundesminister Kurt Bodewig ein Vorschlagspaket zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland vorgelegt hatte. „Dabei waren wir uns einig, dass es in erster Linie darum gehen muss, Mittel aus dem Bundeshaushalt sowie Steuereinnahmen dafür einzusetzen, einen mit 2,7 Milliarden Euro ausgestatteten Fonds ‚nachholende Sanierung‘ aufzulegen“, sagte Meyer. Die Bodewig-Kommission hatte den jährlichen Finanzbedarf zur Erhaltung von Straßen, Schienen und Wasserwegen in Deutschland auf rund 7,2 Milliarden beziffert.

Neben der Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung beschäftigten sich die Minister und Senatoren auch mit einer möglichen Absenkung der Promille-Grenze für Radfahrer. Nach den Worten von Sachsen-Anhalts Verkehrsminister Thomas Webel (CDU) seien sich die Ressortchefs einig, dass die aktuell geltende Grenze von 1,6 Promille auf den Prüfstand gehöre. „Wir teilen die Einschätzung der Innenministerkonferenz, dass die bestehende Rechtslage vor allem aufgrund neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen zur absoluten Fahruntüchtigkeit unter die Lupe genommen werden muss.“

Um in Zukunft schwere Unfälle durch so genannte „Geisterfahrer“ auf Autobahnen weiter einzudämmen, appellierte Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer an seine Länderkollegen, die in weiten Teilen des Bundesgebiets laufende Sicherheitsüberprüfung von Autobahn-Anschlussstellen weiter fortzusetzen. „Wir haben bereits viele Anschlussstellen geprüft. Im Ergebnis stellen wir fest, dass es bei der Spurführung, der Fahrbahnmarkierung oder der Beschilderung immer wieder Mängel gibt. Mit unseren Prüfkriterien haben die Länder eine bundesweit einheitliche Grundlage, um diese Schwachstellen zu erfassen und zu beseitigen“, sagte Ramsauer. Nach einer vom Bund bei der Universität Wuppertal in Auftrag gegebene Studie, ist das falsche Einbiegen in Autobahn-Anschlussstellen die häufigste Ursache von Falschfahrten - nämlich in 30 Prozent der Fälle. Für die Studie wurden insgesamt 526 nachweisliche Falschfahrten aus den Jahren zwischen 2005 und 2011 untersucht.

Mit Blick auf die Debatte um eine Benzinpreisbremse in Deutschland sagte Thüringens Verkehrsminister und Konferenz-Gastgeber Christian Carius: „Wir haben in Suhl eine konstruktive und arbeitsintensive Konferenz erlebt. Unser Beschlussvorschlag zur Weiterentwicklung der „Benzinpreisbremse beziehungsweise der Markttransparenzstelle wurde einstimmig angenommen. Wir begrüßen, dass der Probetrieb der Markttransparenzstelle ab 1. Dezember 2013 in den Regelbetrieb überführt wird. Und zur Herbstkonferenz der Verkehrsminister im kommenden Jahr sollen erste Evaluierungsergebnisse vorliegen. Das ist wichtig, um die Wirksamkeit dieser Maßnahme bewerten zu können“, so Carius.